

Vollversammlung aller Studierenden der Leibniz Universität Hannover 29.11.2017

Tagesordnung

TOP 0 Ständiges

- 0.1 Vorstellung der Geschäftsordnung
- 0.2 Wahl der Sitzungsleitung
- 0.3 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung
- 0.4 Mitteilungen der Fachschaftsräte
- 0.5 Anfragen an die Fachschaftsräte
- 0.6 Geschäftliche Mitteilungen des AStA
- 0.7 Anfragen an den AStA

TOP 1 Beschluss über die Tagesordnung

TOP 2 Zensur von Lehre verurteilen – Solidarität mit den Antragsteller*innen der verbotenen Seminare (AStA)

TOP 3 Grundrechte konsequent für alle bekennen! (Marco Nehls)

TOP 4 Resolution zu Melde- und Prüfungszeiträumen (Bündnis gVMP)

TOP 5 Gegen den Parteitag der Partei *Alternative für Deutschland* (AStA)

TOP 6 Vollversammlungsanträge (HSG Die Liste)

TOP 7 Ausweitung des Semestertickets auf Kinder der Studierenden

TOP 8 Sonstiges

Beginn: 16:29 Uhr

Eröffnung und Begrüßung der Vollversammlung durch Jonas (Sozialreferent des AStA) um 16:29 Uhr.

TOP 0 Ständiges

1.1 Vorstellung der Geschäftsordnung

Jonas N. gibt einen Überblick über die Geschäftsordnung (folgend GO) des Studentischen Rates (folgend StuRa). Da die Vollversammlung (folgend VV) über keine eigene GO verfügt, gilt die GO des StuRa. Die Paragraphen bzgl. der Sitzungsleitung, der Tagesordnung, der Behandlung von Anträgen, Wahlen und des Protokolls werden verlesen.

Die Beschlussfähigkeit der VV wird von Jonas N. wegen ausreichender Anzahl an Teilnehmenden (mehr als drei) festgestellt.

1.2 Wahl der Sitzungsleitung

Die aktuellen studentischen Senator*innen Kimberly H. und Bastian S. werden für die Sitzungsleitung vorgeschlagen.

Dominik S. wird vorgeschlagen, lehnt aber ab. Oliver T. wird im Gegenzug vorgeschlagen.

Bastian studiert Deutsch und Politik, Kimberly Englisch und Politik. Die beiden treten nur zusammen zur Wahl für die Sitzungsleitung an.

Oliver studiert Mathematik und Chemie und war mehrere Jahre Mitglied im Fachschaftsrat Mathematik und Physik, im StuRa und Fakultätsrat.

Nachfrage: Wurden von euch oder aus eurem direkten Umfeld Anträge eingereicht? Die Frage zielt auf Befangenheit ab.

Alle Kandidat*innen verneinen.

Nachfrage nach Mitgliedschaft in einer Partei, Verbindung oder einer ähnlichen Organisation.

Oliver T. ist Mitglied in der Partei Die PARTEI, aber nicht aktiv in deren Hochschulgruppe. Ansonsten gibt es bei den Kandidat*innen keinerlei Mitgliedschaften in entsprechenden Organisationen.

Zwischenruf durch einen Studierenden

Oliver T. fragt, ob jemand mit ihm gemeinsam zur Wahl für die Sitzungsleitung antreten möchte. Es wird diskutiert, ob zwei Personen für die Sitzungsleitung gewählt werden müssen. Allgemeine Unruhe.

Es wird drei Wahlgänge geben (nicht geheime Einzelpersonenwahl): Für die erste Person der Sitzungsleitung, für die zweite Person der Sitzungsleitung und für das Verfassen des Sitzungsprotokolls.

1. Wahlgang (Sitzungsleitung 1):	Kimberly H.:	63
	Bastian S.:	7
	Oliver T.:	73
	Gesamt:	143

Oliver nimmt die Wahl an.

2. <u>Wahlgang (Sitzungsleitung 2):</u>	Kimberly H.:	91
	Bastian S.:	24
	Gesamt:	115

Kimberly nimmt die Wahl nicht an.

Bastian würde nachrücken, nimmt die Wahl aber ebenfalls nicht an. Applaus.

Oliver T. fragt nach einer weiteren Person. Johannes würde sich zur Wahl stellen, hat aber soeben ein Bier auf Ex getrunken. Laut GO muss die Sitzungsleitung nüchtern sein.

Nachfrage an Johannes: Bist du nüchtern?

Der Kandidat behauptet ja.

Dominik S. bezieht sich auf die GO und fordert den Kandidaten auf sich zu setzen. Er stellt sich selbst zur Wahl auf. Dominik studiert Bio und Chemie, ist in keiner Partei Verbindung o.Ä.

Nachfrage an Dominik: Fühlst du dich in der Lage eine quotierte Redeliste entsprechend der GO zu führen?

Er gebe sich Mühe.

Danny von R. stellt sich zur Wahl auf. Er ist Mitglied der Partei Die PARTEI und fühlt sich in der Lage eine quotierte Redeliste zu führen.

3. <u>Wahlgang (Sitzungsleitung 2):</u>	Danny.:	37
	Dominik.:	72
	Gesamt:	109

Dominik nimmt die Wahl an.

4. <u>Wahlgang (Protokoll):</u>	Frederik P.:	81
	Gesamt:	81

Frederik nimmt die Wahl an.

1.3 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

GO-Antrag über die einzelne Abstimmung für Änderungsanträge des Protokolls. Die Sitzungsleitung versteht den Antrag nicht. Florian K. als Sitzungsleiter der letzten VV erklärt und gibt die Empfehlung die einzelnen Punkte der Änderungsanträge jeweils für sich zu behandeln, besonders den letzten Punkt.

Es wird darauf hingewiesen, dass Änderungsanträge grundsätzlich schriftlich einzureichen sind.

Jan H. fragt, wer die Änderungsanträge zum Protokoll einbringt, da Oliver T. behauptet keine Anträge einzubringen. Oliver T. meint, das habe so seine Richtigkeit, da es sich nur um Änderungswünsche und Anmerkungen zum Protokoll handelt.

Sachliche Richtigstellung: Oliver T. hat behauptet in keiner Verbindung zu Anträgen oder ähnlichem zu stehen.

Verständnisfrage: Wer macht gerade die Sitzungsleitung? Wer ist Vize?

Antrag auf Weitergabe der Sitzungsleitung für den TOP 0.3. Dominik S. übernimmt die Sitzungsleitung.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf für alle Punkte des Änderungsantrags von Oliver T. bis auf den letzten Punkt. Über die Änderungen (exkl. des letzten Punktes) wird abgestimmt.

Dagegen: 0 Enthaltungen: 98 Dafür: 32 Gesamt: 130

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Es wird zur Diskussion über den letzten Punkt des Änderungsantrags übergegangen. Nachfrage zur Begründung des Änderungsantrags. Der Antragsteller Oliver T. sieht keinen Anlass zur Erläuterung. Florian K. spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, weil die Geschehnisse der VV dadurch nicht wahrheitsgetreu abgebildet würden. Die Entscheidung des Ältestenrates erfolgte nach der VV und nicht während der Sitzung – deshalb ist sie nicht im Protokoll aufzuführen.

Es wird abgestimmt.

Dagegen: 57 Enthaltungen: 65 Dafür: 13 Gesamt: 135

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Abstimmung über das unveränderte Protokoll.

Dagegen: 16 Enthaltungen: 57 Dafür: 58 Gesamt: 131

Damit ist das Protokoll angenommen.

1.4 Mitteilungen der Fachschaftsräte

Oliver T. übernimmt wieder die Sitzungsleitung. Es gibt keine Mitteilungen der Fachschaftsräte.

1.5 Anfragen an die Fachschaftsräte

Es gibt keine Anfragen an die Fachschaftsräte.

1.6 Geschäftliche Mitteilungen des AStA

Der AStA möchte keine Mitteilungen machen.

1.7 Anfragen an den AStA

Nachfrage: Wie steht es um die finanziellen Mitteln des AStA?

Antwort: Gut.

Nachfrage: Wie viel kostet die Durchführung einer Tanzdemo?

Antwort: Viel unbezahlte Freizeit.

Nachfrage zu bundesweitem Semesterticket, Stand der Sache.

Antwort: Ein bundesweites Ticket ist nicht in Planung, aber ein landesweites. Zur Urabstimmung im Januar kann dazu abgestimmt werden.

Nachfrage: LUH hat das teuerste Semesterticket, wie steht der AStA dazu? Kann das nicht reduziert werden?

Antwort: Die GVH verlangt sehr hohe Preise, die Verhandlungsposition der Studierendenschaft ist

nicht optimal. Durch das landesweite Semesterticket würde die Studierendenschaft profitieren, da die Verhandlungsposition sich dann deutlich verbessert.

Nachfrage: Hat der AStA eine Position zu der Leibniz-Card?

Antwort: Die Karte ist extrem hässlich. Außerdem lehnt der AStA das Lichtbild auf der Karte ab. Er empfiehlt deshalb ein Passfoto von Volker Epping hochzuladen.

Nachfrage: Gilt die Leibniz-Card auch als Semesterticket?

Antwort: Ja, aber es muss trotzdem ein Lichtbildausweis mitgeführt werden.

Keine weiteren Anfragen.

TOP 1 Beschluss über die Tagesordnung

Oliver T. stellt die vorläufige Tagesordnung vor.

Antrag: Punkt 4 (Melde- und Prüfungszeiträume) auf Punkt 2 vorziehen, Rest eingereiht.

Dagegen: 31 Enthaltungen: 10 Dafür: 97 Gesamt: 138

Angenommen.

Antrag: Punkt 3 (Grundrechte bekennen) und Punkt 2 (Zensur von Lehre verurteilen) tauschen.

Dagegen: 56 Enthaltungen: 18 Dafür: 25 Gesamt: 99

Abgelehnt.

Antrag: Punkt 5 (Gegen den BPT der AfD) auf Punkt 3, Rest eingereiht.

Dagegen: 30 Enthaltungen: 27 Dafür: 19 Gesamt: 76

Abgelehnt.

Es wird über die geänderte Tagesordnung abgestimmt.

Dagegen: 0 Enthaltungen: 2 Dafür: 114 Gesamt: 116

Die geänderte Tagesordnung wird somit angenommen.

TOP 2 Resolution zu Melde- und Prüfungszeiträumen (Bündnis gVMP)

Johann, Sprecher des Bündnisses, stellt den Antrag vor. Das Präsidium möchte die Zahl der Prüfungszeiträume für alle Studiengänge auf einen begrenzen, was Studierende unter Druck setzt und den selbstbestimmten Ablauf des Studiums stört. Es wurde bereits und wird weiterhin protestiert, woraufhin das Präsidium Gesprächsbereitschaft signalisiert hat. Das Zeitfenster ist jedoch klein, bei der nächsten Senatssitzung soll ein Beschluss gefällt werden.

Nachfrage: Wie führt diese Vereinheitlichung zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten?

Johann: Die Flexibilität, die durch die selbständige Wahl des Prüfungszeitraums gewährleistet ist, geht verloren. Es kommt zu geballten Prüfungszeiträumen. Studierende mit Kindern, oder die ihren Unterhalt mit Lohnarbeit erwirtschaften müssen, geraten dadurch weiter unter Druck.

Danny wirbt für die Resolution.

Nachfrage zur Pflicht, frühzeitig Themen für Hausarbeiten angeben zu müssen.

Antwort: Die konkreten Zeiträume sind Verwaltungssache und werden nicht in der Prüfungsordnung festgelegt.

Nachfrage: Wie funktionieren überhaupt mehrere Prüfungszeiträume?

Antwort: Beispiel (Bau-Ing.): Ein Prüfungszeitraum zu Beginn der vorlesungsfreien Zeit, einer später gegen Ende der vorlesungsfreien Zeit. Im zweiten Zeitraum können auch nicht-bestandene Prüfungen des ersten Zeitraums wiederholt werden. Die Zwischenzeit kann für Praktika genutzt werden. Der Antrag zielt darauf ab, dass jeder Studiengang dies selbst regeln kann.

Nachfrage: Warum will das Bündnis nicht zwei Prüfungszeiträume für alle?

Antwort: Das Bündnis möchte konkret und effektiv gegen die Verschlechterung intervenieren. So bleibt die Möglichkeit der Einführung neuer Prüfungszeiträume weiterhin möglich.

Nachfrage: Warum sollen wir unterstützen, dass vereinzelt Studiengänge besser dastehen als meiner (Informatik)?

Antwort: Wir sind ein Bündnis aus Vertreter*innen verschiedener Fachrichtungen und Studiengänge. Sehr viele sind betroffen. Es ist im Interesse aller, dass die Studienbedingungen für alle verbessert und Möglichkeiten erhalten werden. Auch für die Informatik.

Nachfrage: Kann ich Prüfungen aus dem Sommersemester nicht auch im Wintersemester wiederholen?

Antwort: Laut Muster-PO muss jede Prüfung (aus jedem Modul) jedes Semester angeboten werden.

Sachliche Richtigstellung: Die Prüfungen müssen nicht jedes Semester stattfinden, es muss nur eine Wiederholungsklausur stattfinden.

Sachliche Richtigstellung: Das Präsidium möchte, dass Prüfungen jedes Semester stattfinden.

Beitrag: Das Zustimmung zum Antrag ist eine Frage der Solidarität und ein Zeichen an das Präsidium, dass die Studierendenschaft nicht alles mit sich machen lässt.

Nachfrage: Die Partei unterstützt den Antrag. Wie begründet das Präsidium die Änderung?

Bündnis: Das Prüfungsamt ist überfordert mit der Administration. Die Einführung des Systems SAP Campus Management würde außerdem zu einem weiteren erheblichen Mehraufwand im Prüfungsamt führen, da die gekaufte Software mehrere Prüfungszeiträume nicht vorsieht. Außerdem meint das Präsidium, dass mehrere Zeiträume verwirrend seien. Hierbei bezieht sich das Präsidium auf angebliche Aussagen der Prüfungsausschüsse.

Nachfrage: Warum setzt ihr euch nicht für alle Studiengänge ein?

Bündnis: Wir wollen die Vereinheitlichung verhindern. Studierende aller Fachrichtungen sind eingeladen, am Bündnis teilzunehmen, mitzuwirken und eigene Belange einzubringen. Wir möchten gerne alle vertreten.

Patrick M. fordert Studierende dazu auf, sich bei Unmut bzgl. der Studienbedingungen bei den Institutionen der Hochschulverwaltung zu beschweren, oder sich in der studentischen Hochschulpolitik zu engagieren und nicht in den eigenen Gremien gegeneinander zu agieren.

Antrag auf Schließung der Redeliste, aufgrund inhaltlicher Erschöpfung. Keine Gegenrede, die Redeliste ist damit geschlossen.

Beitrag: Die Vereinheitlichung würde die eingespielten Abläufe vieler Studiengänge (Belegen von Modulen, Praktika, etc.) durcheinander bringen. Es leider schwierig, die Interessen jedes einzelnen Studiengangs angemessen abzubilden, zumal das Präsidium zum Gespräch mit nur fünf Vertreter*innen der Studierendenschaft eingeladen hat. Außerdem können nicht so einfach alle Studierenden kontaktiert werden, da sind auch die Fachräte in der Pflicht.

Nachfrage: Gibt es Gegenvorschläge?

Antwort: Es geht darum die Verschlechterung zu verhindern. Fünf Vertreter*innen sind jetzt eingeladen im Gespräch mit dem Präsidium an der Sache zu arbeiten. Auch hier wird es dem Bündnis darum gehen, eine Vereinheitlichung zu verhindern.

Dagegen: 0 Enthaltungen: 2 Dafür: 146 Gesamt: 148

Der Antrag ist angenommen.

TOP 3 Zensur von Lehre verurteilen – Solidarität mit den Antragsteller*innen der verbotenen Seminare (AStA)

Jonas, Sozialreferent des AStA, stellt den Antrag vor. Die Hochschulgruppe der Studierenden aus Kurdistan hat an die Kommission zur Vergabe der Studienqualitätsmittel Anträge gestellt, um Mittel für die Durchführung von Seminaren zu bekommen. Das Präsidium hat diese Anträge unterbunden, u.a. wegen Formalia, die bei anderen Anträgen keine Beachtung fanden. Außerdem hat das Präsidium das Buch von Öcalan mit Hitlers *Mein Kampf* verglichen. Der AStA sieht darin einen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft und ruft zur Solidarität mit den Betroffenen auf.

Beitrag: Das Präsidium maßt sich Autorität über ein Gremium an, welche es nicht hat.

Antwort: Leider besitzt das Präsidium diese Autorität, da es Anträge an die SQM-Kommission im Konsens zustimmen muss.

Nachfrage: Weshalb wurde der Sprachkurs abgelehnt?

Antwort: Offiziell wegen der Formalia. Das steht aber in direktem Zusammenhang mit dem unliebsamen Lektürekurs.

Nachfrage: Gibt es andere Veranstaltungen, die (in der Vergangenheit) nicht zugelassen wurden?

Antwort: Es gibt hierfür keine entsprechenden Präzedenzfälle.

Beitrag: Am Montag gab es einen weiteren Vorfall bzgl. der Studierenden aus Kurdistan, die eine Veranstaltung zu Öcalan durchführen wollten. Die Veranstaltung wurde im Vorfeld von der Hochschulgruppe angemeldet. Kurz vorher wurde die Raumbuchung seitens der Uni zurückgezogen. Die Veranstaltung wurde vom Präsidium mithilfe der Polizei unterbunden. Es wurden Platzverweise erteilt, Herr Epping war selbst vor Ort und hat koordiniert. Er hat allerdings eingeräumt, nicht nur aus eigener Initiative gehandelt zu haben.

Nachfrage: Die Unterbindung des Sprachkurses ist eine Frechheit. Das Buch von Öcalan kenne ich nicht, steht das Buch auf Listen von indizierten Büchern?

Antwort: Der Verfasser ist eine zentrale Figur der PKK, die in Deutschland als terroristische Vereinigung gilt. Der Inhalt des Buches hat hier keine Rolle gespielt.

Nachfrage: Können die beiden Punkte Sprachkurs und Lektürekurs einzeln verhandelt werden?

Antwort: Ich sehe dazu keinen Grund. Es geht um die Solidarität mit einer bestimmten Gruppe von Betroffenen. Außerdem geht es um den grundsätzlichen Eingriff in die Lehre.

Es wird das Einbringen von Änderungsanträgen erklärt. Er sieht außerdem die Einschränkung von Lektüre an der Universität als grundsätzlich problematisch an. Jede Lektüre sollte für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung freigegeben sein.

Beitrag: Es ist wichtig sich gerade mit heikler Lektüre kritisch auseinanderzusetzen.

Nachfrage: Kann anhand des Antrags für den Lesekreis davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um eine Propagandaveranstaltung handelt?

Antwort: Im Antrag wurde beschrieben, dass es um eine kritische Auseinandersetzung des Werkes geht.

Sitzungsunterbrechung für 5 Minuten zur Sichtung der Änderungsanträge. Die Sitzung wird um 18:53 Uhr wieder aufgenommen. Es liegen zwei Änderungsanträge vor.

Jonas: Wenn der Lektürekurs aus der Sache gestrichen wird, geht das Politikum unter, das explizit durch das entsprechende Buch ausgelöst wurde. **Der erste Änderungsantrag wird übernommen.**

Beitrag: Eine Distanzierung zu den Inhalten des Buches ist keine Entpolitisierung des Falls. Es geht um die Freiheit der Lehre, nicht nur um diesen Einzelfall.

Abstimmung über den Änderungsantrag 2.

Die Nein-Stimmen überwiegen nach Augenschein deutlich. Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag mit Änderungsantrag 1.

Dagegen: 4 Enthaltungen: 2 Dafür: 92 Gesamt: 98

Der Antrag wird angenommen.

TOP 4 Grundrechte konsequent für alle bekennen! (Marco Nehls)

Der Antrag wird vom Antragsteller vorgestellt. Marco ist über den Verlauf der letzten VV schockiert. Er erläutert den Begriff *Wichs*. Gemeint sind farbige Abzeichen der Verbindungsstudenten. Nach Auffassung des Antragstellers ist das Verbot des Tragens der Farben eine Grundrechtsverletzung, konkret eine Verletzung gegen das Diskriminierungsverbot (aufgrund politischer Einstellungen) und die Meinungsfreiheit. Der Antragsteller distanziert sich von den Positionen von Verbindungen, setzt sich aber für demokratische Grundrechte ein. Außerdem sieht der Antragsteller im Antrag zur Extremismustheorie der letzten VV einen Einschnitt in die Freiheit der Wissenschaft.

Sachliche Richtigstellung: Die Extremismustheorie wurde nicht verboten. Sie wurde sachlich-inhaltlich abgelehnt mittels einer wissenschaftlich-kritischen Auseinandersetzung.

Frage: Sind Grundrechte für dich gleichbedeutend mit dem Grundgesetz?

Antwort: Ja.

Beitrag: Welche Expertise hast du, um Verfassungswidrigkeit zu attestieren? Du beziehst dich auf GG Art. 3.3. Die Studierendenschaft hat sich mit dem Beschluss eine Hausordnung gegeben, wie es auch in anderen Institutionen üblich ist. Außerdem wird es Verbindungsstudierenden in keiner Weise verboten oder erschwert ihre Meinung in Schrift und Bild kundzutun.

Antwort: Ich habe keine ausdrückliche Expertise. Ich bin Politikstudent. Ich bin der Auffassung was für den Staat gut ist, kann auch für uns gut sein. Das Farbentragen ist eine Meinungsäußerung in Bildform.

Beitrag: Es gilt in Deutschland die Meinungsfreiheit, das Farbentragen ist eine Meinungsäußerung. Es haben sich in der letzten VV keine Verbindungsstudenten rechtswidrig verhalten.

Sachliche Richtigstellung: In der letzten VV zeigte ein Verbindungsstudent den Hitlergruß, siehe Protokoll.

Beitrag: Die VV ist ein empfehlendes Organ. Der Beschluss über das Tragen von Wichs wurde im StuRa weiter behandelt und dort in einer anderen Version angenommen. In der letzten VV wurden Farben-tragende Studenten von der Sitzungsleitung der Sitzung verwiesen, darüber kann diskutiert werden. Die Empfehlung im Nachhinein aufzuheben ist unsinnig.

Beitrag: Meinungen müssen auch diskutiert werden. Der Wichs ist nicht nur Geschmackssache, sondern eine politische Äußerung. Da muss die Frage gestellt werden, welche politischen Inhalte stecken dahinter? Verbindungen sind größtenteils männliche und deutsch-nationale Vereinigungen. Siehst du da dann kein Problem bzgl. der Grundrechte?

Antwort: Nein. Farben sind nicht als verfassungswidrig eingestuft.

Beitrag: Aus dem Antrag in der letzten VV ging hervor, dass die Extremismustheorie in vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen widerlegt wird. Es ging außerdem vor allem um die Ablehnung der Extremismustheorie als politisches Repressionsmittel.

Antwort: Ich finde die Einordnung als politisches Repressionsmittel problematisch. Es ist eine Theorie in der Wissenschaft und soll dementsprechend behandelt werden.

Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 3 Minuten. Formelle Gegenrede.

Ja: 28 Nein: 59 Enthaltungen:10 Der Antrag wird abgelehnt.

Beitrag: Der Antrag ist sehr emotional und eher ein Glaubensbekenntnis. Uniformen haben eine unangenehme Tradition in Deutschland. Sollen sie sich gute Anzüge kaufen. Wir bekennen uns zur extremen Mitte.

Beitrag: Die aktuelle Debatte wiederholt nur die Debatte der letzten VV. Die Empfehlungen der letzten VV zurückzunehmen hat keinen Effekt. Der StuRa müsste dies neu verhandeln. Beim Verdacht der Verfassungswidrigkeit kann der Ältestenrat, die Rechtsaufsicht der Universität oder das Verwaltungsgericht angerufen werden.

Antwort: Ich wollte es in der VV noch mal richtig stellen. Außerdem möchte ich, dass die VV sich zu den Grundrechten bekennt. Ich halte eine neue Empfehlung für sinnvoll.

Beitrag: Ich finde es bezeichnend dass das Meinungsfreiheitsargument gebracht wird, um bestimmte Personen in Schutz zu nehmen, obwohl andere Personen genau vor diesen in Schutz genommen werden müssten.

Beitrag: Studentenverbindungen werden sehr kritisch gesehen. Es gibt sehr viele verschiedene Verbindungen. Ich kenne aber keine, die offen neonazistisch ist. Ich find meine Verbindung toll und nett und ich bin Ausländer.

Sachliche Richtigstellung: Kritik an Verbindungen ist nicht das Problem. Es ist die Endlösung.

ERSTE VERWARNUNG

Sachliche Richtigstellung: In der hannoverschen Verbindung Ghibellinia-Leipzig ist ein bekennender, inzwischen verstorbener, Nazi aus Kreisen der Identitären Bewegung ein- und ausgegangen.

Beitrag: Ich als Frau habe Kontakte zu einer Burschenschaft und kann sagen, ich kenne da keinen Nazi und habe da kein rechtsextremes Gedankengut wahrnehmen können. Wenn, dann sind es zusammenhangslose Einzelfälle.

Der Antragsteller distanziert sich von den Aussagen des Verbindungsstudenten.

Beitrag: Studentenverbindungen widersprechen der Gleichstellung von Mann und Frau. Die Studierendenschaft muss im Sinne der Freiheit der Wissenschaft gegen Männerbünde aussprechen dürfen. Das Tragen von Farben in Gremien trägt symbolisch die Ablehnung von Grundrechten in demokratische Gremien und ist damit selbst ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Der ganze Antrag ist eine Shownummer und kein ernstzunehmender Antrag. Wenn du Politik machen willst, geh in die richtigen Gremien. Wenn du Recht durchsetzen möchtest, wende dich an entsprechende Organe. Hier machst du gerade lediglich ein Spektakel aus deiner Meinung.

Antrag auf Schließen der Redeliste. Formelle Gegenrede.

Ja: 55 Nein: 20 Enthaltungen: 14 Die Redeliste wird geschlossen.

Beitrag: Es geht nicht darum, ob jemand mal persönlich nett zu einem ist. Die Person kann trotzdem ein Nazi sein. Warum wird sich nicht mit den Fakten auseinander gesetzt? Es ist bewiesen, dass in Verbindungen Nazis und Neurechte ein- und ausgehen und auch Teil von Verbindungen sind.

Beitrag: Der Antrag ist problematisch, weil zwei sehr verschiedene Dinge verhandelt werden sollen. Die Extremismustheorie ist problematisch und wird missbraucht – das werden andere aber auch. Deshalb muss man sie nicht verbieten. Ich plädiere außerdem dafür in Sitzungen konkretes Fehlverhalten zu ahnden und nicht Verbinder grundsätzlich einzuschränken.

Beitrag: Verbindungen haben eine gemeinsame Geschichte mit dem Nationalsozialismus. Deshalb muss keine Pauschalisierung gegenüber Verbindungen kritisiert werden. Es gibt da strukturelle Probleme. Es gibt außerdem genügend Beispiele wie Einladungen von Holocaustleugnern in Burschenschaften.

Beitrag: Die Ghibellinia teilt Beiträge von Björn Höcke. Sie ist Mitglied der Deutschen Burschenschaft, die unter anderem eine Verbindung ausschließen wollte, weil diese ein chinesisch-stämmiges Mitglied aufgenommen hat. Es gibt vielleicht Unterschiede, aber es gibt eben auch eine gemeinsame Praxis. Man setzt sich füreinander ein und tut dann später so, als hätte man nichts damit zu tun. Das ist eine Dreistigkeit.

Beitrag: Auch beschissene Meinungen sind Meinungen. Wenn man die unterbinden möchte, begibt man sich auf deren Niveau. Außerdem möchte ich den Antrag in drei Teile teilen.

Beitrag: Ich distanzieren mich von Verbindungen. Ich finde sie problematisch, halte sie und das Tragen von Farben aber nicht für verfassungswidrig.

Es liegen Änderungsanträge vor. Die Sitzung wird um 19:56 Uhr für 5 Minuten unterbrochen. Um 20:07 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Es gibt zwei Änderungsanträge.

Die Juso-HSG bringt einen Änderungsantrag ein: Das Verhandeln des Themas hat sich zu einer Tradition auf der VV entwickelt. Unser Änderungsantrag ist weitreichend. Erstens geht es hier um zwei komplett unterschiedliche Themen. Die Änderung streicht deshalb zunächst den Teil zur Extremismustheorie. Die Jusos halten es außerdem für eine Farce, dass jedes Jahr aufs Neue

Verbinder behaupten, mit rechter Ideologie oder ausgrenzendem Verhalten nichts zu tun zu haben, entsprechendes Verhalten aber durch sexistisches und militaristisches Auftreten Jahr für Jahr in der VV zur Schau stellen. Es gibt eine Spannweite von Unterschieden in Verbindungen, aber alle haben gemeinsame Wurzeln und dieselben strukturellen Hintergründe und Probleme. Der elitäre Gedanke ist ein grundlegender für Verbindungen. Sie mögen vielleicht nicht dem Grundgesetz widersprechen, aber sie widersprechen den gemeinsamen Grundsätzen der Studierendenschaft. Deshalb möchte ich, dass diese Grundsätze mit einem klaren Votum erneut bestätigt werden. Nur weil Farben-tragen abgelehnt wird, können Verbinder außerdem trotzdem ihre Meinung äußern.

Einbringung des zweiten Änderungsantrags: Ein großer Teil des Antrags wird als Minimalkonsens gestrichen. Der erste Änderungsantrag geht zu weit, weil er den ursprünglichen Antrag ins Gegenteil kehrt.

Beitrag der JuSos: Der Sinn unserer Änderung ist das Erhalten einer klaren Positionierung der Studierendenschaft. Keine Kompromisse mit Burschen.

Dominik S. ruft dazu auf, nur Beiträge zu bringen, die inhaltlich Neues beitragen.

Antrag auf Ende der Debatte. Formelle Gegenrede.

Ja: 44 Nein: 32 Enthaltungen: 28 Die Debatte wird beendet.

Abstimmung über die Änderungsanträge. Der erste Änderungsantrag geht weiter und wird zuerst verhandelt.

Ja: 41 Nein: 33 Enthaltungen: 7

Der Änderungsantrag wird angenommen. Der zweite Änderungsantrag entfällt hiermit.

Es wird nun über den geänderten Antrag abgestimmt.

Dagegen: 37 Enthaltungen: 23 Dafür: 36 Gesamt: 96

Der geänderte Antrag wird abgelehnt.

Das Wahlergebnis wird angezweifelt. Die Wahl wird wiederholt.

Einem Studenten wurde der Mittelfinger gezeigt. Es gibt eine VERWARNUNG.

Dagegen: 44 Enthaltungen: 19 Dafür: 41 Gesamt: 104

Der geänderte Antrag wird erneut abgelehnt.

TOP 5 Gegen den Parteitag der Partei *Alternative für Deutschland* (AStA)

Der Antrag wird vom AStA eingebracht: Das erste Mal seitdem die AfD in den Bundestag eingezogen ist, hält sie einen Bundesparteitag ab – in Hannover. Die Partei ist Teil des Rechtsrucks in der Gesellschaft und des Aufschwungs von menschenfeindlichen Ideologien. Ein entsprechendes Klima ebnet den Weg für Übergriffe.

Nachfrage: Enthalten ist ein Aufruf zu zivilem Ungehorsam, was ist damit gemeint?

Antwort: Es wird nicht zu Straftaten aufgerufen, sondern zu zivilem Ungehorsam.

Beitrag: Es handelt sich hier um einen gemeinpolitischen und keinen hochschulpolitischen Beitrag. Dennoch. Die AfD vertritt problematische Positionen. Ich halte den Aufruf zu zivilem Ungehorsam aber für undemokratisch und für den falschen Umgang mit der AfD. Ein offensives Auftreten spielt der AfD in die Hände. Es muss sich inhaltlich mit der AfD auseinandergesetzt werden. Statt Blockaden sollten diese Inhalte dann vor Ort präsentiert werden.

Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 2 Minuten. Formelle Gegenrede.

Ja: 17 Nein: 45 Enthaltungen: 11 Abgelehnt.

Beitrag: Ich finde den Antrag im Ganzen unterstützenswert. Ziviler Ungehorsam übertritt aber gesetzliche Grenzen, ob legitim oder nicht. Deshalb lehne ich diesen ab und beantrage diese Zeile im Antrag zu streichen. Argumente sind wichtiger und besser als Blockaden.

Antwort: Die Trennung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik ist schwierig bzw. kaum möglich. Bspw. rassistische Übergriffe sind ein politisch-strukturelles und allgemeines Problem, aber auch ein Problem der Studierendenschaft. Schön, dass hier alle gegen die Positionen der AfD sind und dagegen argumentieren möchten. Man muss aber bedenken, dass die Mitglieder der AfD durchaus Gegenargumente kennen und sich davon nicht umstimmen lassen. Zudem werden die Möglichkeiten von legalem Protest immer weiter eingeschränkt. Letztendlich soll niemandem die Art des eigenen Protests durch den Antrag vorgeschrieben werden.

Beitrag: Ich glaube es wurden nicht annähernd genug gute Argumente von den etablierten Parteien geliefert.

Beitrag: Widerspruch führt dazu, dass Leute sich nicht angenommen fühlen in ihren Positionen. Dann heißt es immer, die Ängste müssen ernst genommen werden. Diese Ängste sind aber keine berechtigten Ängste, sondern Ressentiments. Die dürfen nicht stehen bleiben und damit legitimiert und bestärkt werden.

Beitrag: Ziviler Ungehorsam ist nicht undemokratisch. Nur Flyer verteilen interessiert doch niemanden. Ich glaube weiter Kritik muss vorsichtig angesetzt werden und nicht jede polemische Aussage sollte ernsthaft aufgegriffen werden.

Beitrag: Nur weil die AfD Proteste instrumentalisieren kann, darf nicht damit aufgehört werden.

Beitrag: Ich finde es begrüßenswert, dass alle Studierenden der VV sich gegen die AfD stark machen möchten. Vor zwei Jahren gab es einen Aufruf zum Besetzen von Häusern. Den Aufruf zu zivilem Ungehorsam sehe ich insofern nicht kritisch.

Antrag auf Schluss der Debatte. Formelle Gegenrede.

Ja: 19 Nein: 31 Enthaltungen: 20 Die Debatte wird weiter geführt.

Antrag auf Schließen der Redeliste. Formelle Gegenrede.

Ja: 32 Nein: 12 Enthaltungen: 18 Die Redeliste wird geschlossen.

Die PARTEI spricht sich für den Antrag aus.

Beitrag: Die Hochschule ist kein politikfreier Raum und nicht von der Gesellschaft loszulösen. Außerdem gibt es auch Mitglieder der AfD an der LUH. Ziviler Ungehorsam umfasst Demonstrationen und sog. Sit-Ins. Das sind demokratische Grundrechte, die genutzt werden müssen. Auch die anderen Parteien von CDU/CSU bis hin zur Linken mit Sahra Wagenknecht beteiligen an rassistischer Politik

und auch das Stichwort Europa muss in diesem Kontext nicht gegen die AfD heraufbeschworen werden. Das Agenda-Setting für emanzipatorische Politik muss auf der Straße erfolgen.

Beitrag: Ich lehne zivilen Ungehorsam ab, weil er illegal ist. Ich lehne Blockaden ab, weil die AfD eine demokratische Partei ist. Wir müssen den Parteitag kritisieren, dürfen ihn aber nicht verhindern. Dadurch wird die AfD außerdem stärker.

Sachliche Richtigstellung: Ziviler Ungehorsam ist per se keine Straftat.

Beitrag: Die AfD hat nicht nur das Recht sondern sogar die Pflicht einen Parteitag abzuhalten. Man darf den Parteitag deshalb nicht verhindern und dann der AfD vorwerfen, sie sei undemokratisch.

Beitrag: Demokratie ist nicht bequem. Man muss sich der AfD in den Weg stellen, das gehört zur Demokratie dazu.

Beitrag: Hier wurden größtenteils Stilfragen diskutiert. Sollen doch alle so protestieren, wie sie wollen. Ziviler Ungehorsam ist aber grundsätzlich mit Illegalität verbunden, deshalb sollte der entsprechende Satz aus dem Antrag gestrichen werden.

Sachliche Richtigstellung: Ziviler Ungehorsam ist nicht grundsätzlich mit Illegalität verbunden.

Beitrag: Die Debatte vergeudet unnötig Energie. Die Energie sollte besser in Infoveranstaltungen gesteckt werden.

Beitrag: Die CDU vertritt in keinem Fall rassistische Positionen. Ziviler Ungehorsam schränkt die Meinungsfreiheit ein. Wir müssen in einem Rechtsstaat die Positionen der AfD akzeptieren. Wir müssen die AfD inhaltlich enttarnen und unsere eigene Meinung kundtun.

Sachliche Richtigstellung: Erneut zu zivilem Ungehorsam. Ein Zitat von Wikipedia: „Ziviler Ungehorsam als solcher ist in deutschem Recht keine Ordnungswidrigkeit oder Straftat. (...) Er ist demokratisches Grundrecht (...)“

Sachliche Richtigstellung: Die CDU ist durchaus eine rassistische Partei, wie deutlich wird bspw. durch die Politik zu Abschiebungen nach Syrien.

Beitrag: Abschiebungen nach Syrien sind nicht rassistisch.

Beitrag: Rassismus wird anders definiert und besitzt einen anderen Kern. Abschiebungen nach Syrien haben mit Rassismus nichts zu tun.

Sachliche Richtigstellung: Die Reinhaltung eines abgesteckten Staatsgebiet ist (völkischer) Rassismus.

Die Antragsteller: Der Antrag unterstützt den Aufruf eines Bündnisses. Dieser Aufruftext kann nicht Ziel eines Änderungsantrags sein. Es muss gehandelt werden, auch wenn die AfD sich dann als Opfer sieht. Der AStA macht übrigens sehr viele inhaltliche Veranstaltungen zum Thema, kommt doch mal vorbei. Zu Gesetzen: Soll man bspw. erst gegen die NPD vorgehen, wenn das Verfassungsgericht eine Meinung dazu hat. Ist es bei der Veralltäglichen von Brandanschlägen schlimm, einen Parteitag mit Sitzblockaden zu stören?

Ein Änderungsantrag wird vorgestellt: Inhaltliche Auseinandersetzung statt zivilem Ungehorsam.

Sachliche Richtigstellung: Der Änderungsantrag ist nicht zulässig, weil er alles streicht.

Sachliche Richtigstellung: Er ist zulässig, weil die Intention des Aufrufs gegen die AfD aktiv zu werden erhalten bleibt.

Anzweiflung der Handhabung der Sitzungsleitung. Es kommt zur Abstimmung, ob der Änderungsantrag zuzulassen ist.

Ja: 18 Nein: 48 Enthaltungen: 5 Der Änderungsantrag wird nicht zugelassen.

Die Neutralität des Auszählers wird wegen dessen einschüchternden Auftretens angezweifelt. Der Betroffene legt seine Funktion nieder, die Sitzungsleitung dankt ihm.

Das Abstimmungsergebnis wird angezweifelt. Es wird erneut abgestimmt. Es gibt eine VERWARNUNG an den Antragsteller.

Ein Mitglied des RCDS hat Teile der Sitzung mit dem Handy mitgeschnitten. Er wird der Sitzung verwiesen. Ein Studierender zweifelt die Entscheidung an und stellt den Verweis zur Abstimmung. Die Entscheidung der Sitzungsleitung wird nach Augenschein eindeutig bestätigt.

Da der Antragsteller des Änderungsantrags den Raum verlassen hat, entfällt dieser.

Einbringung des zweiten Änderungsantrags: Ablehnung von Gewalt.

Beitrag: Dafür, da so ein großer Streitpunkt aufgelöst wird.

Beitrag: Der Zusatz ist unnötig. Der Aufruf soll unterstützt werden.

Beitrag: Eine Begrenzung der Unterstützung des Aufrufs auf ‚keine Gewalt‘ ist sinnvoll.

Beitrag: Der Zusatz ist sinnvoll, weil es zu Gewalt kommen kann. Deshalb sollten wir uns davon distanzieren.

Beitrag: Die Polizei wird auch gegen friedliche Proteste Gewalt anwenden. Dadurch schaukeln sich Situationen hoch. Wir dürfen an dieser Stelle nicht die Protestierenden im Vorfeld in ein schlechtes Licht rücken.

Beitrag: Der Änderungsantrag lässt darauf schließen, dass Gewalt erwartet wird. Es handelt sich um eine Vorverurteilung der Protestierenden durch die Studierendenschaft.

Beitrag: Gewalt soll im Vorfeld prophylaktisch abgelehnt werden.

Beitrag: Ab wann fängt Gewalt überhaupt an? Bei Brüllen? Bei passivem Widerstand? Bei brennenden Barrikaden? Ich glaube wir können hier keinen Definitionskonsens finden.

Abstimmung über den Änderungsantrag.

Ja: 13 Nein: 38 Enthaltungen: 2

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Es wird nun über den ursprünglichen Antrag abgestimmt.

Dagegen: 3 Enthaltungen: 6 Dafür: 52 Gesamt: 61
Dem Antrag wird stattgegeben.

TOP 6 Vollversammlungsanträge (HSG Die Liste)

Einbringung durch die Antragssteller*innen.

1. Antrag: EppingCard.

Beitrag: Heißt er nicht Volker?

Antwort: Nein, er heißt Holger.

Beitrag: Gegen Personenkult.

Antwort: Egal, trotzdem EppingCard.

Ja: 27 Nein: 6 Enthaltungen: 6

Der Antrag wird angenommen.

2. Antrag: Bahlsen abschaffen.

Beitrag: Wir als Senator*innen freuen uns, dass ihr uns Arbeit machen möchtet. Die Senatssitzungen gehen so an die acht Stunden und da werden wichtige Sachen verhandelt. Wir möchten ungerne unsere Zeit damit zu vergeuden, um Quatsch einzubringen.

Beitrag: Ihr müsst das nicht im Senat einbringen.

Beitrag: Doch, so ist unser Selbstverständnis. Aber ihr müsst in der VV keinen groben Unfug beschließen, aufgrund dessen die studentischen Senator*innen und die Studierendenschaft im Allgemeinen im Senat nicht mehr ernst genommen werden.

Nachfrage: Wohin soll das Geld gehen?

Antwort: Das Geld soll der Studierendenschaft zur Verfügung gestellt werden. Oder Verkehrsanbindung an einen entfernten Campus per Zeppelin o.ä.

Beitrag: Wenn die Senator*innen die Anträge nicht behandeln möchten, könnte die PARTEI das selbst übernehmen.

Beitrag: Manchmal ist die PARTEI ja ganz witzig. Ihr aber nicht. Ihr seid nicht ernsthaft oder ernst zu nehmen. Es gibt in der Hochschulpolitik noch Leute, die sich den Arsch aufreißen, um progressive Politik voranzutreiben. Das zieht ihr in den Dreck. Zieht eure Anträge bitte zurück.

Abstimmung.

Ja: 10 Nein: 23 Enthaltungen: 8

Abgelehnt.

3. Antrag: YouTube Universität

Beitrag: Es hätte vorher recherchiert werden müssen, welche Anträge an welche Gremien gerichtet werden müssen.

Beitrag: Zum einen. Außerdem: Trollt direkt das Präsidium, nicht die Gremien der Studierendenschaft.

Beitrag: Schwierig mit Recht auf das eigene Bild von Dozierenden.

Beitrag: Unsinn nicht mit einer Debatte würdigen.

Beitrag: Schwierig umzusetzen wegen Lizenzen etc.

Antrag auf Schluss der Debatte. Formelle Gegenrede.

Ja: 25 Nein: 14 Enthaltungen: 3 Debatte beendet.

Einbringung eines Änderungsantrags: Vorlesungsaufzeichnungen auf Flowcast.

Nachfrage: YouTube bietet doch CC Lizenzen?

Antwort: Manche, andere nicht. Außerdem kann über Flowcast zunächst Uni-intern veröffentlicht werden.

Antrag auf Schluss der Debatte.

Ja: 25 Nein: 15 Enthaltungen: 1 Debatte beendet.

Der Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.

Es wird abgestimmt.

Ja: 37 Nein: 3 Enthaltungen: 3 Der Antrag wird angenommen.

4. Antrag: Bedingungsloser Grundabschluss

Beitrag: Es gibt bereits einen Schein zur Exmatrikulation und über den Aufenthalt an der Uni.

Antrag auf Schluss der Debatte. Formelle Gegenrede.

Ja: 24 Nein: 16 Enthaltungen: 3 Debatte beendet.

*GO-Antrag auf namentliche Abstimmung. Das Präsidium entscheidet, dass dies nicht zulässig ist. Der Antrag wird von den Antragsteller*innen zurückgezogen.*

5. Antrag: Bafög & Mensa

Antrag auf Schluss der Debatte. Keine Gegenrede.

Abstimmung über Antrag.

Ja: 9 Nein: 22 Enthaltungen: 8 Abgelehnt.

6. Antrag: Hi Holger

Antrag auf Schluss der Debatte. Formelle Gegenrede.

Ja: 21 Nein: 16 Enthaltungen: 4 Debatte beendet.

Abstimmung über Antrag.

Ja: 16 Nein: 23 Enthaltungen: 6 Abgelehnt.

7. Antrag: Abschaffung des 1. Semesters

Antrag auf Schluss der Debatte. Keine Gegenrede.

Abstimmung über Antrag.

Ja: 13 Nein: 20 Enthaltungen: 5 Abgelehnt.

Die restlichen Anträge werden von der PARTEI zurückgezogen.

TOP 7 Ausweitung des Semestertickets auf Kinder der Studierenden

Einbringung des Antrags durch den AStA. Es soll durch den StuRa überprüft werden, ob es ermöglicht werden kann, dass Kinder mit dem Semesterticket mitgenommen werden können.

Beitrag: ÖPNV allgemein prüfen. Wir müssen nicht alles über die Studierendenschaft regeln.

Antwort: Wir möchten hier trotzdem spezifische Belange von Studierenden verhandeln.

Beitrag: Es wäre eine erhebliche Entlastung für Studierende mit Kind(ern).

Beitrag: Das könnte ein erheblicher Kostenfaktor für die Studierendenschaft sein, vor allem da es auch ausgenutzt werden kann.

Beitrag: Der Vorwurf des Ausnutzens ist eine Vorverurteilung. Bei herkömmlichen Bahntickets ist die Möglichkeit Kinder mitzunehmen durchaus gängig.

Beitrag: Das sog. Erschleichen des Semesterticket ist Unsinn bei dem hohen Semesterbeitrag.

Nachfrage: Bis zu welchem Alter?

Antrag auf Schluss der Debatte. Formelle Gegenrede.

Ja: 31 Nein: 8 Enthaltungen: 4 Debatte beendet.

Abstimmung über den Antrag.

Dagegen: 1 Enthaltungen: 6 Dafür: 40 Gesamt: 47

Dem Antrag wird stattgegeben.

TOP 8 Sonstiges

Beitrag: Es soll Klarheit geschaffen werden, inwiefern manche Paragraphen der StuRa-GO bei der VV nicht greifen (können).

AStA: Es gibt einen Entwurf für eine VV-GO. Verweilt derzeit im StuRa-Limbo, da nie genug Mitglieder anwesend sind, um eine nötige Mehrheit für den Entschluss über die GO zu erzielen.

Beitrag: Es wurde nicht geprüft, wer der Anwesenden tatsächlich an der LUH studiert.

AStA: Unnötige Verkomplizierung durch erheblichen Aufwand. Außerdem kein Zugang zur Liste aller Studierenden, die dafür nötig wäre.

Beitrag: Englischsprachige Studierende werden in der VV nicht berücksichtigt. Das sollte verbessert werden.

Beitrag: Der AStA bereitet die VV vor. Geh gerne zum AStA, um dich für die Übersetzung der Papiere einzubringen.

Beitrag: Bei Anträgen ist Mehrsprachigkeit schwierig. Solidarischerweise kann nicht-deutschsprachigen Komiliton*innen auch peer2peer übersetzt werden.

Die Sitzungsleitung bedankt sich beim AStA für die Organisation der VV und schließt die Sitzung um 22:58 Uhr.